

GEGENSTANDPUNKT

NXP-Werk Böblingen soll geschlossen werden

Missmanagement? Heuschrecken?

Nein, schlimmer:

Ganz gewöhnlicher Kapitalismus!

Im vergangenen Jahr verkaufte Philips für 6 Mrd. € sein Halbleitergeschäft an NXP und behielt 19,9 % der Anteile am neuen Unternehmen. Das war eine erfolgreiche Konzernstrategie – kein Ausverkauf. Philips sackte 6 Mrd. € ein, die es anderswo wieder gewinnbringend investieren kann und ist mit knapp 20 % am zu erwartenden Profit des neuen Unternehmens beteiligt. Dass dieser höher ausfallen sollte als zu Zeiten von Philips Semiconductors, ist Kalkulation sowohl bei Philips als auch bei NXP und der Finanzgesellschaft KKR. NXP seinerseits will mit dem Zukauf die Nr. 2 auf dem europäischen Halbleitermarkt werden und produziert in den deutschen NXP-Werken nicht mehr Chips nur für Philips, sondern für alle möglichen Abnehmer – und das in größerem Maßstab und profitabler, was wiederum auch bei Philips die Kosten für die Chips senkt. Weit und breit keine Fehlkalkulation, sondern eine profitable Konzernstrategie.

Dann beschließt NXP, sein Werk in Böblingen zu schließen und 550 Mitarbeiter lohn- und brotlos zu machen. Versagen? Gier? Ausverkauf? Nichts davon! NXP befindet das Werk als nicht mehr profitabel genug. Da Profit der einzige Zweck von Unternehmen ist, ist dies nur folgerichtig. Ein Großunternehmen rechnet seine Marktstrategien, Produkte und Standorte ständig durch und so nimmt es eben auch mal Produkte, Standorte und damit die Belegschaften vom Markt. Das ist in der herrschenden Wirtschaftsordnung völlig normal, weil gesetzlich geschützt und gewollt, also ganz im Sinne der Sache – des Gewinnmachens, daher auch nicht anders zu haben. Dabei behandelt es seine Mitarbeiter wie alles andere auch: als *Kostenfaktor*.

Und als Kostenfaktor sieht sie auch die IG Metall – und wohl auch zumindest ein Teil der Belegschaft sich selbst:

2005 schloss die IGM mit Philips Semiconductors einen Ergänzungs-Tarifvertrag (ETV) zur „Sicherung der Arbeitsplätze“ ab (der von NXP übernommen wurde). Um „Arbeitsplätze zu sichern“, wurden Lohnverzicht und unbezahlte Mehrarbeit vereinbart. Resultat: mehr arbeiten für weniger Geld. Das sollte der Beitrag der Belegschaft sein, damit ihre Weiterbeschäftigung und der Profit von Philips wieder zusammenpassen. Das Unternehmen schloss den Vertrag jedoch unter dem Vorbehalt ab, dass keine „wesentlichen Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder des Marktumfeldes, erhebliche Auftragsrückgänge oder eine deutliche Unterauslastung der Kapazitäten [eintreten], die eine erhebliche Personalanpassung oder die Aufgabe betrieblicher Organisationseinheiten erfordern.“ (Tarifvertrag vom 12.01.2005 für den Standort Böblingen zwischen Philips Semiconductors GmbH und IG Metall Bezirksleitung B-W). Somit unterschrieb die IGM einen Tarifvertrag zum „Erhalt von Arbeitsplätzen“, der diesen Erhalt allein von den Profitkalkulationen des Unternehmens abhängig machte.¹

Den Nutzen hatte allerdings nur das Unternehmen, das mit zunächst gleicher Belegschaft mehr und günstiger produzieren kann, also die Lohnkosten absolut und pro Stunde gesenkt hat. Und so konnte das Unternehmen die eingesparten Kosten dazu verwenden, an den Standorten, die es dafür für besonders viel versprechend hält, die Arbeitsproduktivität weiter zu erhöhen, so dass bald weitere Mitarbeiter „zu viel“ sind. Und genau das ist jetzt eingetreten. Der ganze Standort Böblingen ist für den NXP-Konzern „zu viel“, d. h. für den Gewinn unnötig und somit unprofitabel.

Es ist also völlig neben der Sache, sich auf die Opfer zu berufen, die man selbst für das Unternehmen gebracht hat, – z. B. die im ETV vorgesehenen bis zu 350 unentgeltlichen Arbeitsstunden – und in diesem Sinne die Betriebsschließung als „unanständig“ oder „ungerecht“ zu kritisieren. Im Gegenteil: alle Opfer, die die Belegschaft für den Gewinn des Unternehmens brachte und bringt, benutzt dieses dazu, weiter zu rationalisieren, noch produktiver zu werden, Konkurrenten vom Markt zu drängen (die wiederum Gleiches tun und anderswo Werke schließen) – und das mit immer kleineren Belegschaft-

¹ Über den Ergänzungstarifvertrag „Zum Erhalt des Standortes, zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Sicherung der Arbeitsplätze am Standort Böblingen“ vom 12.01.2005 zwischen Philips Semiconductors GmbH und IG Metall Bezirksleitung Baden-Württemberg haben wir schon am 23. Mai 2005 im Freien Radio für Stuttgart eine Analyse gesendet. Text unter: <http://www.labournet.de/branchen/medien-it/philips/wentzke.pdf> und <http://frs.kumbi.org/redaktionen/keinkommentar/index.php?artikel=050223.htm>

ten. Aller Verzicht auf Geld und Freizeit in der Hoffnung, dann wenigstens überhaupt noch einen Job zu haben, bewirkt also das Gegenteil. Und da alle Unternehmen ihre Belegschaften zu niedrigeren Löhnen und höherer Arbeitszeit erpressen, die gesparten Kosten für weitere Rationalisierung einsetzen, dann die produzierten Arbeitslosen wieder als Erpressungsmittel benutzen und so weiter und so fort, werden immer weniger Menschen zu weniger Lohn für eine insgesamt wachsende Produktmenge beschäftigt.

Und was kann man jetzt überhaupt noch tun?

- Die IGM will alle „Lösungsmöglichkeiten“ beim Abwickeln ausloten und verspricht: „Wir lassen uns nicht mit Magerquark abspeisen. Da muss richtig Kohle rüberwachsen. Nicht einem Einzigen von Euch soll irgendwann Hartz IV vorgeworfen werden!“ Erst schließt die IGM einen Tarifvertrag ab, der die Betriebsschließung ausdrücklich zulässt, und macht den Mitarbeitern Hoffnung, dass es dazu nicht kommen muss, wenn man nur Opfer bringt. Und nun, wo es so weit ist, macht sie wieder Hoffnung, dass es zum Allerschlimmsten (Hartz IV) durch ihre tatkräftige Unterstützung nicht kommen müsse.
Komisch: ist man nicht irgendwann mal angetreten, um mit dem Job einen ordentlichen Lebensunterhalt zu verdienen und ein halbwegs anständiges Leben führen zu können? Dann geht es plötzlich nur noch darum, den Job zu behalten, egal wie viel Geld und Freizeit dabei rumkommen – „Hauptsache Arbeitsplatz“. Und am Ende soll man dann alles besser finden, wenn es nur mehr ist als Hartz IV, also 345 € Alg II im Monat? Ein toller Maßstab für den „Kampf um die Arbeitsplätze“, den die Gewerkschaft ihren Mitgliedern in Aussicht stellt! Aber eben auch konsequent, wenn man akzeptiert, dass Arbeiter und Angestellte nur leben können, wenn das Unternehmen Profit macht.
- Man kann Schuldige suchen und sie entsprechend beschimpfen: „Philips hat das Werk den Heuschrecken zum Fraß vorgeworfen und sich das noch fürstlich bezahlen lassen.“ „Dieses Management hat jeden Respekt vor der Belegschaft verloren.“ Damit hält man – trotz gegenteiliger Erfahrung – an der Einbildung fest, eigentlich seien die Herren Unternehmer doch dafür zuständig, ihre Belegschaften mit Jobs zu versorgen – nur diese speziellen gewissenlosen Exemplare hätten sich an den edlen Zweck nicht gehalten. Es sind aber gar nicht diese speziellen Manager oder dieser spezielle Betrieb. Alle kapitalistischen Unternehmen behandeln ihre Mitarbeiter gleich: Ist mit ihnen Profit zu machen, werden sie beschäftigt, sonst eben nicht, auch wenn sie 30 Jahre lang gute Dienste geleistet haben. Aber selbst beim Abwickeln, wenn Schluss ist mit „Arbeit geben“, will man nicht vom guten Glauben ablassen, dass man als abhängiger Beschäftigter im Kapitalismus sein Auskommen haben könnte, wenn..., ja wenn..., was eigentlich?
- Manche schlagen einen Boykott von Philips-Produkten vor. Von der praktischen Durchführbarkeit mal abgesehen, welche Produkte sollte man stattdessen kaufen? Nur die von Unternehmen, die noch niemanden entlassen und keinen Standort geschlossen haben? Da wird man aber suchen müssen ...
- Manche rufen im Internet dazu auf, man sollte Herrn Kuckhermann in seinem Hamburger Domizil auf den Pelz rücken und wer weiß was mit ihm anstellen. Wenn man über Herrn Kuckhermann enttäuscht ist und sich an ihm rächen will, tut man so, als sei man Opfer eines persönlich unmoralischen Charakterschweins geworden und nicht der von Recht und Gesetz installierten Rechnungsweise des kapitalistischen *Systems*, in dem die Manager, die sie gegen die Lohnabhängigen durchsetzen, austauschbar sind.

Oder sollte man die Lehre ziehen,

- dass alle Berechnungen abhängig Beschäftigter scheitern müssen, wenn sie nicht zu den Berechnungen derjenigen passen, die einen für sich arbeiten lassen, weil ihnen das Unternehmen als *Eigentum* gehört, mit dem sie ihr *Interesse an Gewinn und Rendite* verfolgen?
- dass das Eingehen auf die Erpressungen des Unternehmens zu weniger Lohn und mehr Arbeit kein Beitrag zur Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes ist, sondern einzig der Kostensenkung für das Unternehmen dient?
- dass sich die abhängig Beschäftigten diese Abhängigkeit eigentlich nicht mehr leisten können?

Wir laden ein zu einer Diskussion am

Donnerstag, 3. Mai, 20 Uhr, im „Schwanen“ in Böblingen, Poststr. 50, am Künstlerviertel.

Thema:

„Kampf um Arbeitsplätze

Wie soll der gehen? Was kostet er einen? Was erreicht man mit ihm?“